

Beipzig. Die Zeitung erscheint mit Ausnahme des Sonntags täglich zwei mal und wird aufgegeben in Leipzig. Donnerstage 11 Uhr Abends 8 Uhr; in Dresden Abends 5 Uhr; Vormittags 8 Uhr.

Preis für das Vierteljahr 1 1/2 Thlr.; jede einzelne Nummer 1 Ngr.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Geseh!»

Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes sowie durch die Expeditionen in Leipzig (Querstraße Nr. 8) und Dresden (bei G. Höcker, Neustadt, An der Brücke, Nr. 2).

Insertionsgebühren für den Raum einer Zeile 1 Ngr.

Deutschland.

Aus Frankfurt a. M. vom 27. Dec. berichtet die Preussische Zeitung: Wie wir vernehmen, wird sich die Bundesversammlung noch in diesem Jahre mit der Flottenangelegenheit beschäftigen, und dies dann die letzte Sitzung im Jahre 1851 sein. (Die erste Sitzung im neuen Jahre dürfte wol kaum vor dem 11. Jan. stattfinden, sagt die Neue Preussische Zeitung.) Der Attaché im Ministerium des Auswärtigen zu Paris, Hr. Michaud, sowie Hr. de Persigny werden in den nächsten Tagen in einer Specialcommission beim Deutschen Bunde hier erwartet. Die hiesige französische Legation dürfte überhaupt durch einige Attachés und Legationssecretäre vergrößert werden; der Marquis de Tallenay wird jedoch jedenfalls hier verbleiben.

Die Preussische Zeitung bringt in einer frankfurter Correspondenz eine Berichtigung der über die Presseberathungen beim Bundestage umlaufenden Nachrichten, nach welcher der Bundesbeschluß, an welchen man als Ausgangspunkt für die weitere Berathung der Bundespresseangelegenheit angeknüpft, nicht vom 13. März, sondern vom 3. März 1848 datirt. Die Pressefreiheit darf diesem nach von den Bundesregierungen nur unter Garantien eingeführt werden. Da die Berathungen der berufenen Sachmänner bis jetzt noch nicht beendet sind, so ergebe sich schon aus diesem Umstande, daß der politische Ausschuß sich noch gar nicht in der Lage befindet, über die Bundespresseangelegenheit selbst irgend einen materiellen Beschluß zu fassen.

Der Neuen Preussischen Zeitung wird aus Frankfurt a. M. die Erklärung mitgetheilt, welche Hannover auf den bekannten bresdener Entwurf abgegeben hat und deren Inhalt allerdings auf ein Anschließen an Preußen schließen ließe: „Hannover will, vorbehaltlich der verfassungsmäßigen Zustimmung der allgemeinen Ständeversammlung, dem Entwurfe unter der Bedingung beitreten, daß die kaiserlich österreichische Regierung ferner bei der das Prohibitivsystem beseitigenden Richtung beharre, und die Uebereinkunft als Vertrag zwischen allen deutschen Bundesstaaten erst dann verbindlich werde, wenn alle Bundesstaaten beigetreten sind.“ Dasselbe Blatt hört, daß von Baiern die bestimmte Erklärung abgegeben ist, mit vollem Vertrauen zu Preußen beim Zollvereine bleiben zu wollen.

Berlin, 30. Dec. Die officielle Preussische Zeitung bringt folgenden Artikel: Es war seit Bestehen des Deutschen Bundes der ausgesprochene Entschluß deutscher Regierungen und das Bestreben der preussischen, die politische Grenze des Bundes auch zu der eines deutschen Handelsgebiets zu erheben. Verhältnismäßig glücklich war dieses Streben diesseits der österreichischen Grenzen. Jenseits derselben hatte es keinen Erfolg. Zwar hat Preußen bei allen Handelsvereinbarungen niemals die Einigung des ganzen Deutschland außer Augen gelassen. Bei allen Verbindungen, die es einging, von dem ersten Vertrag mit Hessen bis zu dem neuesten mit Hannover hat es einen Vorbehalt gemacht, welcher der deutschen Zollvereinigung den Weg offen ließ. Oesterreich konnte bisher diese Vorbehalte aber nicht benutzen. Die Centralisation der österreichischen Monarchie blieb, selbst nachdem sie dem größten, erleuchtetsten Monarchen Oesterreichs mißlungen, doch stets der lebhafteste Wunsch der österreichischen Regierung. Diese Centralisation sollte eine österreichische Nation schaffen und mit diesem Plane war es unvereinbar, die Maßregeln der österreichischen Regierung nach dem Bedürfnisse einer deutschen Nation zu construiren. Die Ereignisse der letzten Jahre haben den Plan der Centralisation zur Ausführung gebracht: früher durch die historischen Verfassungen der einzelnen Kronländer verhindert, folgt die Centralisation jetzt als Strafe der Revolution. Ehe diese Strafe vollzogen, ehe die Centralisation organisiert ist, eilt jedoch das österreichische Ministerium zu einem neuen Projecte. Es scheint sich nämlich in Wien die Ansicht geltend gemacht zu haben, daß man sich dem allgemeinen Wunsche der Zollvereinigung Deutschlands auf die Länge nicht werde entziehen können, und daß durch diese deutsche Centralisation, welche eine Zolllinie zwischen den verschiedenen Ländern Oesterreichs wiederherstellen müßte, die österreichische gestört würde. Vielleicht macht die große Geldverlegenheit es dem wiener Cabinet wünschenswerth, daß für das österreichische Papiergeld durch Vermehrung des Verkehrs mit Deutschland ein neuer Markt gefunden werde. Es mag dort auch nothwendig erscheinen, eine engere Verbindung der Interessen Oesterreichs und Deutschlands herbeizuführen, ohne dem Deutschen Bunde eine Organisation und Bedeutung zu geben, welche den österreichischen Staat auch politisch in einem höhern Maße trennen würde. Diese Ansichten, welche in der officiellen Presse Oesterreichs und in verschiedenen Maßregeln seiner Regierung klaren Ausdruck gefunden haben, wurden der Anlaß, daß der österreichischen Centralisation — von welcher wir oben gesagt, daß sie verhindere, die österreichischen Regierungs-

maßregeln nach dem Bedürfnisse der deutschen Nation zu construiren — der Versuch folgte, Deutschland nach den Bedürfnissen der neu geschaffenen österreichischen Nation zu construiren. Das ist der Gegenstand, mit welchem sich der gegenwärtig in Wien befindliche Congress einiger deutschen Regierungen beschäftigt. Die Absicht einer Zollvereinigung Deutschlands, der Vorbehalt, welcher zu ihren Gunsten von Preußen und seinen Vertragsgenossen stets aufrecht erhalten worden ist, würde in diesem Sinne als eine Zollvereinigung mit österreichisch-italien, österreichisch-Polen, Ungarn und Kroatien ausgelegt, in zahlreichen Denkschriften diese Auslegung besfürwortet, anfänglich eine den Erfahrungen und Wünschen Deutschlands zusagende freisinnige Handelspolitik in Aussicht gestellt, schließlich aber, und zwar in der officiellen Einladung zu dem wiener Congress, die Handelsbeschränkung, welche das österreichische Ministerium für Oesterreich als vorthelhaft betrachtet, zum Princip des Projectes erhoben. Das Streben, Deutschland in die österreichische Centralisation einzuschließen, trat im Laufe der Verhandlungen immer entschiedener hervor; die deutsche Centralisation wurde dagegen von dem österreichischen Ministerium so sehr als Nebensache betrachtet, daß es bereits dahin gelangt ist, die österreichische Zollvereinigung auf Gefahr der deutschen zu betreiben, die Fortdauer des von Preußen mühsam und mit großen Opfern zusammengehaltenen Zollvereins in Frage zu stellen und den Chimären einer süddeutsch-österreichischen Zollvereinigung Vorschub zu geben. Wenn auch gesagt werden mag, daß dies nicht die Absicht, sondern die Folge des Eifers für eine bessere Absicht sei, so kann doch eine Regierung, welche ihr Schwergewicht nicht in der österreichischen Centralisation zu suchen gezwungen ist, oder eine Regierung, welche vor allem der deutschen Einigung und dem, in den Bundesacten selbst vorgezeichneten Plane derselben, Rücksichten schuldig zu sein glaubt, die Folgen jenes Eifers, sie kann überhaupt Nichts unterstützen, was gegen jene Rücksichten verstößt. Vielleicht erklärt sich auch hieraus, daß die preussische Regierung abgelehnt hat, an der österreichischen Zollvereinigung mitzuwirken, solange die deutsche nicht gesichert ist.

C. Berlin, 30. Dec. Wir hören, daß der Kriegsminister v. Stockhausen bei seinem Entschlusse, von seinem hohen Posten zurückzutreten, vrrharrt und daß Versuche hochgestellter Personen, sowie einiger seiner Collegen im Ministerrathe, ihn von diesem Entschlusse abzubringen, ohne Erfolg gewesen sind. Die Ernennung eines neuen Kriegsministers wird demnach schleunigst erfolgen. (Hiernach wäre also die gestrige Nachricht der Allgemeinen Zeitung von einer Ausgleichung eine irrige gewesen.) — Es wird uns von der Hand eines Gönners ein Brief aus London mitgetheilt, dem wir Einiges entnehmen, was zur Aufklärung der englischen Cabinetreform angemessen erscheint. Es ist früher behauptet worden und auch wir haben mitgetheilt, daß der englische Gesandte in Paris, Lord Normanby, bald nach dem 2. Dec. Instructionen von Lord Palmerston erhalten habe. Es ist dies ein Irrthum, Lord Palmerston weigerte sich vielmehr, Instructionen von irgend einer präcisen Färbung an den Gesandten in Paris zu erlassen. Lord S. Russell soll nun auf eine feste Erklärung gedrängt, gleichzeitig aber in privaten Briefen an Lord Normanby die Ansichten des Cabinets in einer Weise niedergelegt haben, die mit der Auffassung des Staatssecretärs der auswärtigen Angelegenheiten nicht harmonirte. Lord Palmerston wollte ein Zuwarten, das Cabinet eine bestimmte Haltung mit politischem Charakter Frankreich gegenüber. Hieraus soll sich denn hauptsächlich die Krisis entwickelt haben. Die Meinung des reconstruirten Cabinets ist mit ziemlicher Sicherheit eine antinapoleonische zu nennen, Lord Palmerston, ohne für die That vom 2. Dec. noch für die Person Napoleon's, dessen Regierung sich gegen den Flüchtlingsverkehr in England wiederholt und energisch erklärte, irgendwie Partei zu nehmen, wollte von den ersten auswärtigen Schritten Napoleon's die Politik Englands abhängig machen. Bis dahin glaubte der Lord in dem guten Verkehre Lord Normanby's mit dem Elysée keine Aenderung eintreten lassen zu dürfen. Die Stellung Russell's dem Parlament gegenüber ohne Palmerston wird als eine schwierige bezeichnet, obschon das Talent und die liberalen Gesinnungen Lord Granville's allgemein anerkannt werden. Eine ausgeprägt antibonapartistische Haltung der englischen Regierung soll von jetzt ab zu erwarten sein. Eine Beantwortung der österreichischen Note in Bezug auf die Flüchtlingsangelegenheit ist in einem Sinne zu erwarten, mit dem das wiener Cabinet nicht einverstanden sein wird. In der die französische Forderung an Belgien betreffenden Angelegenheit nimmt man in London entschieden für Belgien Partei. Lord Granville ist damit eine Gelegenheit geboten, bald handelnd vor Europa aufzutreten.

Zwei Prediger sind in jüngster Zeit wegen ihres politischen Verhaltens ihrer Amtsthätigkeit durch den Oberkirchenrath enthoben worden. Der eine, Pastor Schweiger in Gremmen bei Berlin, ist entsetzt, ein an-